

INHALT

Die wirtschaftliche Lage in Österreich	39
Die jüngste Währungskrise und die Folgen für Österreich	45
Zur Reform der Einkommensteuer	49
Die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft nach Bundesländern 1964 bis 1970	59
Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen	

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Steuersystemwechsel bestimmt Wirtschaftstätigkeit an der Jahreswende – Ungewöhnlich hohe Zuwachsraten der Industrieproduktion und des Außenhandels – Niedrigste Winterarbeitslosigkeit der Nachkriegszeit – Sehr guter Beginn der Wintersaison im Fremdenverkehr – Starker Preisanstieg von Dezember auf Jänner – De-facto-Aufwertung des österreichischen Schilling

Umsätze und Leistungen der österreichischen Wirtschaft stiegen im Dezember, unmittelbar vor Einführung der Mehrwertsteuer, ungewöhnlich kräftig. Haushalte zogen vor allem Käufe von Personenkraftwagen und sonstigen dauerhaften Gütern vor; Unternehmer erwarben insbesondere viel mehr Straßenfahrzeuge als sonst vor Jahresende und trachteten, Bauvorhaben möglichst abzuschließen. Exportbetriebe, denen das alte System der Umsatzsteuer-rückvergütungen Vorteile bot, forcierten ihre Lieferungen; der Export war um fast die Hälfte höher als im Vorjahr.

Die Industrie reagierte auf den Nachfragestoß erstaunlich elastisch und konnte ihre Produktion sprunghaft steigern, obgleich es um 2 (einschließlich Heiligen Abend und Silvester um 4) Arbeitstage weniger gab als im Dezember 1971. Gleichzeitig nahmen die Importe rasch zu. Trotz der Vermehrung des Angebotes sanken die Lager im Groß- und Einzelhandel, da die Endnachfrage noch stärker stieg. Die Bauwirtschaft profitierte von der günstigen Witterung, die saisonübliche Freisetzung von Arbeitskräften war geringer als im Vorjahr.

Die Vorziehung von Käufen wird sich unvermeidlich auf Umsätze und Leistungen in den ersten Monaten 1973 auswirken, doch scheint nach den bisher vor-

liegenden Einzeldaten die Jännerlücke kleiner gewesen zu sein, als ursprünglich angenommen worden war. Starke Auftriebskräfte gehen hauptsächlich von der internationalen Konjunktur aus. Im Inland hat die Lohnsteuersenkung ab Jänner die Netto-Einkommen um etwa 1% gesteigert; die Investitionsneigung der Unternehmungen blieb nach den zurzeit bekannten Plänen lebhaft. Die Wirtschaftspolitik räumt daher den Stabilitätsbemühungen weiterhin Vorrang ein. Erste Erfolge zeichnen sich in der Kreditpolitik ab. Nach der starken Kreditexpansion im Dezember ist das Kreditvolumen nach vorläufigen Meldungen im Jänner gesunken.

Auf den Verbrauchermärkten konnte im Jänner die befürchtete sprunghafte Beschleunigung des Preisauftriebes vermieden werden. Der Verbraucherpreisindex stieg von Dezember auf Jänner um 1,2% und lag damit um 8,1% über dem Vorjahrsstand. Die Steigerung im Jänner geht zum Teil auf die „Reibungsverluste“ anlässlich der Umstellung auf die Mehrwertsteuer zurück. (Die auf Grund der Entlastungssätze kalkulierten direkten Mehrwertsteuer-effekte ließen das Niveau der Verbraucherpreise nicht zuletzt deshalb annähernd unverändert, weil Korrekturen öffentlicher Tarife und amtlich geregelter Preise aufgeschoben oder zurückgestellt wur-

den.) Außerdem wirkten andere Faktoren preissteigernd, die nicht mit der Änderung des Steuersystems zusammenhängen. Auf den Nahrungsmittelmärkten zogen die Fleischpreise infolge des knappen Angebotes an, obschon die Umstellung des Steuersystems Verbilligungen erwarten ließ. Industriell-gewerbliche Waren wurden zum Teil (insbesondere Bekleidung und Lederwaren) infolge steigender Weltmarktpreise teurer.

Die jüngste Währungskrise ist durch die Abwertung des US-Dollar und die Folgemaßnahmen verschiedener Länder abgeklungen¹⁾. Österreich ließ ebenso wie wichtige andere westeuropäische Länder seinen Leitkurs unverändert. Daraus ergibt sich eine leichte de-facto-Aufwertung des österreichischen Schilling, deren Ausmaß zur Zeit nur grob geschätzt werden kann, da einige Währungen noch frei schwanken. Gewichtet mit den Ausfuhranteilen aller Handelspartner Österreichs dürfte sie etwas mehr als 2%, gewichtet mit den Einfuhranteilen 1½% betragen. Die kurspolitische Entscheidung berücksichtigt die enge wirtschaftliche Verflechtung mit der BRD und der Schweiz und unterstützt die Stabilisierungsbemühungen. Gleichzeitig verschärft sie zusammen mit anderen Maßnahmen, die seit Herbst 1972 ergriffen wurden (Umstellung auf die Mehrwertsteuer, Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften), die internationale Konkurrenz zumindest auf bestimmten Waren- und Ländermärkten.

Auf dem Arbeitsmarkt sank die Zahl der Beschäftigten von Dezember auf Jänner saisongemäß um 30.800 auf 2.498.500. Verglichen mit dem Vorjahr wurden um 63.700 (+2½%) unselbständig Beschäftigte mehr gezählt. Dank dem milden Winterwetter konnte die Bauwirtschaft viele Arbeiten fortführen und behielt knappes Stammpersonal. Ferner gelang es vor allem zusätzlich weibliche Arbeitskräfte zu gewinnen, ihr Zuwachs (+35.100 bzw. +4%) war absolut sogar höher als jener der Männer (+28.500 bzw. +2%). Die meisten Fremdarbeiter dürften wie im Vorjahr über den Winter in Österreich geblieben sein (Jännerdaten über die Ausländerbeschäftigung werden nicht erhoben).

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen²⁾ war um 11.000 geringer als im Vorjahr und erreichte mit 62.400 den niedrigsten Jännerwert in der Nachkriegszeit. Die Saisonarbeitslosigkeit war in allen witterungsabhängigen Bereichen niedriger, obgleich der

¹⁾ Stand 20. Februar.

²⁾ Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen enthält im Gegensatz zum bisher verwendeten Begriff der vorgemerkten Arbeitssuchenden die Pensionsbewerber und die noch in Arbeit stehenden Arbeitssuchenden nicht. Die folgenden Vergleiche mit 1972 beziehen sich bereits auf den neuen Begriff.

Winter auch im Jänner 1972 mild gewesen war. Allein in der Bauwirtschaft gab es rund 5.000 Arbeitslose weniger. Das Stellenangebot (57.700) war im Jänner um 16½% höher als im Vorjahr, es nahm ähnlich rasch zu wie im IV. Quartal 1972.

Arbeitsmarkt

	Nov. 1972	Dez. 1972	Jänner 1973	Stand Ende Jänner 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr 1.000 Personen			
Beschäftigte	+577	+722	+637	2.498.5
Arbeitslose	-17	-101	-110	62.4
Offene Stellen	+92	+98	+83	577

Die Industrie (ohne Elektrizitätswirtschaft) erzeugte im Dezember insgesamt um 10½% und je Arbeitstag um 28½% mehr als im Vorjahr. Die arbeitstätige Bereinigung führt diesmal zu stark verzerrten Ergebnissen: der Dezember 1972 hatte wohl vier Arbeitstage weniger, doch fielen zwei davon auf den Heiligen Abend und auf Silvester; Tage, an denen üblicherweise auch dann wenig gearbeitet wird, wenn sie wie 1971 auf einen Werktag fallen. Wahrscheinlich überschätzt die Bereinigung den Arbeitstageeffekt im Dezember um mehr als die Hälfte, das tatsächliche Wachstum dürfte daher viel näher bei den unbereinigten Zuwachsraten liegen.

Die Industrieproduktion ist selbst nach dieser Korrektur noch immer ungewöhnlich kräftig gewachsen. Der Verkaufsboom im Inland und die gesteigerten Exportbemühungen vor Jahresende erforderten besondere Anstrengungen, um noch rechtzeitig ausliefern zu können. Am stärksten galt dies für die *Baustoffindustrie* (+25%)³⁾ sowie die Erzeuger von fertigen *Investitionsgütern* (+12%) und *langlebigen Konsumgütern* (+11%); insbesondere die Holzverarbeitende Industrie (Möbel), die Maschinen- und die Elektroindustrie erzielten sehr hohe Produktionszuwächse. Bekleidung wurde dagegen infolge der schwachen in- und ausländischen Nachfrage um 1½% weniger produziert als vor einem Jahr. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (+26½%) expandierte kräftig, hauptsächlich weil die Zuckerrübenenernte viel besser ausgefallen war als im Herbst 1971, doch erhöhte sich auch der Bierausstoß und die Produktion von Schokoladewaren stark. In den *Grundstoffindustrien* (+10%) setzte sich der Aufschwung, in der Magnesitindustrie (-3%) die leichte Erholung fort. Ungünstig schnitt der Bergbau ab, der um 4½% weniger erzeugte als im Vorjahr.

Die Landwirtschaft hat im Herbst nach Schätzungen der Landwirtschaftskammern etwas weniger Weizen, mehr Gerste und gleich viel Roggen ausgesät wie 1971. Zuckerrübenbauern und Industrie

³⁾ Dieser und die folgenden Werte sind alle unbereinigt.

Industrieproduktion je Arbeitstag

	Nov. 1972	Dez. 1972
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Bergbau und Grundstoffe	+12,9	+20,0
Investitionsgüter	+7,8	+32,0
Konsumgüter	+9,2	+28,9
Industrieproduktion ohne Elektrizität	+9,2	+28,7
Elektrizität	+9,6	+8,5
Industrieproduktion	+9,3	+27,4

vereinbarten für 1973 ein Jahreslieferrecht von 100% des Rübenkontingentes (1972: 115%); die Lieferquote kann wie üblich um 15% überzogen werden, außerdem besteht heuer erstmals die Möglichkeit, zusätzliche Mengen zu kontrahieren. Nach Angaben der Erzeuger wurden 1972 2'60 Mill. hl *Wein* (1971: 1'81 Mill. hl) geerntet. In Niederösterreich war die Ernte um die Hälfte, im Burgenland um ein Drittel, in Wien um ein Viertel höher, in der Steiermark dagegen um 7% niedriger als vor einem Jahr.

Im Dezember brachte die Landwirtschaft um 7% weniger *Fleisch* auf den Markt als im Vorjahr. Rindfleisch wurde um 9%, Schweinefleisch um 4% weniger angeboten. Durch vermehrte Importe, niedrigere Exporte und Auslagerungen war die Versorgung der inländischen Fleischmärkte (+1%) knapp höher als im Dezember 1971. Seit Jahresanfang traten im Burgenland und in Niederösterreich mehrere Fälle von Maul- und Klauenseuche auf. Die *Milch*lieferung an die Molkereien war im Dezember um 2 1/2% höher als im Vorjahr. Der Absatz von Trinkmilch stagnierte, Butter wurde um 10% weniger, Schlagsobers um 10% mehr verbraucht.

Landwirtschaft

	Marktproduktion	
	Nov. 1972	Dez. 1972
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Brotgetreide	+6,8	+14,6
Milch	+1,8	+2,4
Fleisch	-15,7	-6,8

Die Nachfrage nach *Energie* nahm im Dezember infolge der guten Industriekonjunktur und des höheren Heizbedarfes der Haushalte kräftig zu. Der forcierte Einsatz der kalorischen Kraftwerke erforderte größere Mengen an Rohenergie. Die Raffinerie Schwechat konnte dank der Kapazitätserweiterung vom Herbst den Spitzenbedarf decken.

Der *Stromverbrauch* (ohne Pumpstrom +11 1/2%) wuchs rascher als in den Vormonaten. Die Erzeugungsbedingungen der Wasserkraftwerke lagen wieder unter dem langjährigen Durchschnitt (-13%), waren aber etwas günstiger als im Dezember 1971; die hydraulische Stromerzeugung wurde um 8 1/2% erhöht. Kalorische Kraftwerke (+9%) erzielten mit 1.446 GWh den bisher höchsten monatlichen Pro-

duktionswert, sie verfeuerten mehr Heizöl und Braunkohle und schränkten den Erdgasverbrauch zugunsten der privaten Haushalte ein. Die Umstellung zahlreicher Haushalte auf Erdgasbetrieb seit dem Vorjahr ließ die Direktlieferungen an die Haushalte um 105% steigen, insgesamt war der Erdgasabsatz um 13% höher als vor einem Jahr.

Energieverbrauch

	Sept. 1972	Okt. 1972	Nov. 1972	Dez. 1972
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Kohle	+0,3	+12,8	+14,2	+31,9
Elektrizität	+7,1	+11,2	+8,8	+11,7
Erdölprodukte	+11,9	+19,1	+2,5	+0,1
Erdgas	+16,1	+19,3	+9,1	+13,0

¹⁾ Gesamtversorgung, Wasser- und Wärmekraft; ohne Pumpstrom.

Der *Güterverkehr* profitierte von der kräftigen in- und ausländischen Nachfrage. Die Bahn leistete trotz weniger Arbeitstagen um 5% mehr n-t-km als im Vorjahr; Binnen- und Außenhandelsverkehr (+5 1/2%) expandierten etwas rascher als der Transitverkehr (+3 1/2%). Die Wirtschaft forderte vor allem für Zuckerrüben, Kunstdünger, Kohle und Holz mehr Güterwagen an, für Stück- und Sammelgut hingegen weniger. Der Verkehr auf der Donau war durch niedrigen Wasserstand und frühe Eisbildung behindert. DDSG und COMOS beförderten um 15 1/2% weniger Gütertonnen (Westverkehr -20 1/2%, Südostverkehr +1 1/2%) als im Dezember 1971. Der Luftfrachtverkehr (ohne Transit +25 1/2%, Transit +4 1/2%) wuchs weiterhin kräftig. Lastkraftwagen wurden infolge der Vorkäufe vor Einführung der Mehrwertsteuer mehr als doppelt soviel (+130%) zugelassen als vor einem Jahr.

Im *Personenverkehr* leistete die Bahn etwa gleich viel n-t-km wie im Vorjahr; Post- und Bahnbusse beförderten um 1% mehr Personen; das Passagieraufkommen im Luftverkehr stieg um 18 1/2% (Transit +24%). Die Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen waren um 143% höher; wie im November stiegen die Zuwachsraten mit der Hubraumgröße, von der die Höhe der Entlastungssätze und das Ausmaß der erwarteten Preissteigerung abhing. Käufe wurden auch in der niedrigsten Hubraumklasse (bis 1.000 ccm, +64%) vorgezogen, obwohl hier die Einführung der Mehrwertsteuer keine Preis erhöhungen brachte.

Verkehr

	Nov. 1972	Dez. 1972
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Güterverkehr, n-t-km (Bahn und Schiff)	+14,5	0
Beförderte Personen (Bahn und Omnibusse)	+1,7	-1,2
Neuzulassungen von Personenkraftwagen, einschließlich Kombi-Fahrzeuge	+75,4	+143,0

Die Wintersaison im **Fremdenverkehr** lief sehr gut an. Die wichtigsten Skigebiete hatten bessere Schneeverhältnisse als im Vorjahr und die Lage der Feiertage um Weihnachten und Neujahr begünstigte Urlaube. Im Dezember wurden um 27½% mehr Ausländernächtigungen und — entgegen der Entwicklung im Jahresverlauf — auch um 14½% mehr Inländernächtigungen gezählt. Die Deviseneinnahmen (+13%; netto +12½%) stiegen weniger rasch als in den Vormonaten, weil im Herbst mehr Vorauszahlungen getätigt wurden und ausländische Banken infolge der schwächeren Nachfrage im Spätsommer über größere Schillingbeträge verfügten.

Die Umsätze des **Einzelhandels** wuchsen im Dezember (nominell +11½%, real +6%) etwa gleich rasch wie seit dem Spätsommer. Die Vorkäufe wegen Einführung der Mehrwertsteuer erfaßten weiterhin ausschließlich dauerhafte Konsumgüter, die real um 20½% mehr verkauft wurden als im Vorjahr, das ist die höchste Zuwachsrate seit vielen Jahren. Am lebhaftesten war die Nachfrage nach Möbeln (+35½%), Photoartikeln (+24½%) und Elektrowaren (+21½%). Die Käufe von Personenkraftwagen, die in den Einzelhandelsumsätzen nicht enthalten sind, nahmen sogar auf mehr als das Doppelte zu. Die Umsätze von nichtdauerhaften Konsumgütern wuchsen real nur um 3%. Lebensmittel wurden um 1½%, Bekleidungsgegenstände um 4½% und kurzlebige Güter in der Gruppe „Sonstige Waren“, die sich überwiegend für Geschenkzwecke eignen, um 5% bis 25% mehr verkauft als im Vorjahr. Der Absatz von Tabakwaren sank um 17½%, da er im Dezember 1971 durch Vorkäufe wegen der Preiserhöhung überhöht war. Nach den lebhaften Einkaufsdispositionen der Vormonate (August bis November +12%) nahmen die Wareneingänge des Fachhandels (ohne Tabakwaren) im Dezember nur um 5% zu. Die Lager waren Ende 1972 um 1½% höher als im Vorjahr, nach 6½% Ende November.

Der **Großhandel** expandierte im Dezember nicht mehr so kräftig wie in den Vormonaten. Seine Umsätze waren nominell um 14%, real um 7½% höher als im Vorjahr, nach 19% und 13½% im Durchschnitt der Monate Oktober und November. Stark verlang-

samt hat sich nur der Absatz von Agrarprodukten, Lebens- und Genußmitteln (real —3%); Rohstoffe und Halberzeugnisse (+21%) erzielten höhere und Fertigwaren (+13%) etwa gleich hohe Zuwachsraten. Unter den Rohstoffen und Halberzeugnissen gingen vor allem Mineralölprodukte (+28%), Holz (+35%) und Baustoffe (+37%) überdurchschnittlich gut, im Fertigwarengroßhandel nahmen die Umsätze von Elektro-, Eisen- und Metallwaren sowie von Textilien rascher zu als in den Vormonaten. Maschinen (+12½%) und Fahrzeuge (+7%) hatten im Oktober und November höhere Zuwachsraten erzielt. Der Großhandel baute wie der Einzelhandel Lager ab, seine Wareneingänge (+11%) wuchsen weniger rasch als seine Umsätze.

Im **Außenhandel** überlagerten Sondereinflüsse den internationalen Konjunkturaufschwung und die lebhaftere Inlandsnachfrage. Die **Ausfuhr** war im Dezember um 47% höher als im Vorjahr. Unternehmungen, die das alte System der Umsatzsteuerrückvergütung günstiger beurteilten als die Befreiung von der Mehrwertsteuer, zogen Exporte vor. Davon wurden vor allem Fertigwaren (+58%), Investitionsgüter +61%, Konsumgüter +56%) erfaßt, deren Steuer-rückvergütung infolge des mehrstufigen Produktionsprozesses am höchsten war. Die Exporte an halbfertigen Waren und Rohstoffen nahmen deutlich schwächer zu (+28% und 25½%), aber gleichfalls kräftiger als in den Vormonaten. In den einzelnen Warengruppen erzielten Schuhe, Feinmechanik, Maschinen i. e. S. und Metallwaren die größten Exportsteigerungen. Niedriger als im Vorjahr war nur die Ausfuhr von NE-Metallen (—1½%) und von chemischen Grundstoffen (—12%). An **Nahrungsmitteln** wurde um 29½% mehr exportiert, insbesondere Molkereierzeugnisse (+32%) sowie Obst und Gemüse (+216%) konnten im Ausland gut abgesetzt werden. Die unterschiedlichen Wachstumsraten der einzelnen Warengruppen spiegeln sich auch in der regionalen Verteilung der Exporte. In Ländergruppen, die aus Österreich vorwiegend Fertigwaren importieren, wie EFTA¹⁾ (+49%), Osteuropa (+50%) und Nordamerika (+69%), wuchs die Ausfuhr viel rascher als in die EWG¹⁾ (+37½%), obgleich auch hier neben der EG-Zollsenkung der Vorverlagerungseffekt wirkte: So war die Ausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland um 29%, die gesamte Einfuhr der BRD nur um 7% höher als vor einem Jahr.

Die **Einfuhr** wuchs im Dezember (+29½%) ebenso wie im Vormonat sehr kräftig, hauptsächlich wegen des inländischen Kaufbooms vor Einführung der Mehrwertsteuer. Investitionsgüter, insbesondere Verkehrsmittel und Maschinen i. e. S., wurden um 45%

Umsätze des Groß- und Einzelhandels

	Nov. 1972	Dez. 1972
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Großhandel insgesamt	+18,8	+14,1
davon Agrarerzeugnisse, Lebens- u. Genußmittel	+19,1	+ 5,5
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+16,5	+25,3
Fertigwaren	+19,4	+20,3
Sonstiges	+27,1	-17,7
Einzelhandel insgesamt	+11,1	+11,7
davon kurzlebige Güter	+ 8,9	+ 8,6
langlebige Güter	+23,0	+27,0

¹⁾ In der Abgrenzung von 1972.

Außenhandel¹⁾

	Mrd. S	Nov. 1972		Dez. 1972	
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ausfuhr insgesamt	8 34	17 1	18 4	10 48	47 2
davon					
Investitionsgüter	1 95	16 4	21 8	3 01	60 9
Konsumgüter	3 46	18 6	18 6	4 19	55 8
Einfuhr insgesamt	12 33	31 9	32 9	12 27	29 6
davon					
Investitionsgüter	2 66	40 5	45 4	3 43	44 9
Konsumgüter	4 91	33 2	33 2	4 30	33 1

¹⁾ Ohne Aus- und Einfuhr von Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr, Kursivwerte sind ohne diese Korrekturen.

mehr importiert als im Vorjahr; unter den Konsumgütern (+33%) wuchs vor allem die Möbeleinfuhr (+80½%) ungewöhnlich stark. Die Einfuhr von Pkw war um 123% höher. Die Zollsenkung der Interimsabkommen und das Nachholen im Spätsommer aufgeschobener Importe ließen die Einfuhr aus der EWG¹⁾ (+38½%) am kräftigsten steigen. Aus Osteuropa wurde um 26%, aus der EFTA¹⁾ nur um 12% mehr bezogen als vor einem Jahr.

Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizit waren im Dezember mit 1 94 Mrd. S bzw. 0 61 Mrd. S jeweils um rund eine halbe Mrd. S kleiner als im Vorjahr; der Überschuß der Dienstleistungsbilanz blieb nahezu unverändert. An langfristigem Kapital gingen netto 0 51 Mrd. S (im Vorjahr —0 59 Mrd. S) ein, in der Statistischen Differenz ergab sich ein hohes Passivum von 1 20 Mrd. S nach +0 29 Mrd. S im Dezember 1971. Die Währungsreserven der Notenbank verringerten sich um 0 78 Mrd. S, jene der Kreditunternehmungen um 0 64 Mrd. S.

Zahlungsbilanz

	1971		1972	
	Nov	Dez.	Nov.	Dez.
	Mrd. S			
Leistungsbilanz	-1 44	-1 18	-3 21	-0 61
davon Handelsbilanz	-2 34	-2 46	-4 04	-1 94
Dienstleistungsbilanz	+0 76	+1 20	+0 66	+1 23
Grundbilanz	-1 80	-1 77	-3 34	-0 11
Veränderung der Währungsreserven	-2 29	-1 09	-3 00	-1 42
davon Notenbank	-0 51	-0 31	-3 16	-0 78
Kreditunternehmungen	-1 78	-0 78	+0 16	-0 64
Internat. Währungsfonds	0	—	—	—

Die Liquiditätsanspannung im Kreditapparat verschärfte sich im Laufe des Monats Dezember. Zum Jahresultimo war sie infolge der üblichen Dispositionen der Wirtschaft und der budgettechnisch bedingten Einlösung von eskontfähigen Bundesschatzscheinen weniger fühlbar. Die Notenbankverschuldung der Kreditunternehmungen nahm im Dezember im arbeitstägigen Durchschnitt gegen November um

171 Mrd. S zu, im Vergleich der Monatsendstände verringerte sie sich jedoch um 0 71 Mrd. S auf 2 75 Mrd. S. Die Kassenliquidität des Kreditapparates war Ende Dezember (20 58 Mrd. S) um 2 41 Mrd. S höher als Ende November, die in- und ausländischen liquiden Mittel stiegen im gleichen Zeitraum um 2 48 Mrd. S auf 4 04 Mrd. S und waren um 4 91 Mrd. S geringer als am Jahresende 1971.

Die Kreditnachfrage blieb auch im Dezember ungewöhnlich kräftig und die Sparneigung war gering. Maßgebend dafür dürfte vor allem der Finanzierungsbedarf für Käufe von dauerhaften Konsum- und Investitionsgütern vor Einführung der Mehrwertsteuer gewesen sein. Das kommerzielle Kreditvolumen stieg um 6 80 Mrd. S, rund 2 Mrd. S stärker als im Dezember 1971; die Zwölfmonats-Zuwachsrate erhöhte sich um einen halben Prozentpunkt auf 21%. Die Ausnützung der Kreditplafonds lag knapp über 100%. Der Kreditapparat gab netto 4 08 Mrd. S Schatzscheine (überwiegend eskontfähige Bundesschatzscheine) ab und erwarb sonstige festverzinsliche Wertpapiere netto um rund 2/3 Mrd. S. Die Sparguthaben sanken im Dezember ohne Zinsengutschriften (6 17 Mrd. S) um 1 85 Mrd. S (im Vorjahr +1/2 Mrd. S), die Zwölfmonats-Zuwachsrate (einschließlich Zinsengutschriften) schwächte sich um rund 1/2 Prozentpunkte auf 12 2% ab. Günstig entwickelten sich die Einlagen auf Terminkonten (netto +1 73 Mrd. S, im Vorjahr 0 30 Mrd. S), aus dem Verkauf eigener Emissionen wurden 0 12 Mrd. S (0 28 Mrd. S) Erlöst.

Im Jänner verschärfte sich die Liquiditätsanspannung der Kreditunternehmungen neuerlich. Die Währungsreserven der Notenbank nahmen um 1 72 Mrd. S ab, die Notenbankverschuldung des Kreditapparates erhöhte sich um rund 1 1/2 Mrd. S. Das kommerzielle Kreditvolumen ist infolge der Stabilisierungsmaßnahmen erstmals seit August 1967 gesunken.

Auf dem Rentenmarkt schwächte sich das Interesse des Publikums im Jänner weiter ab, insbesondere weil große Teile des Sparkapitals für das Bau-, Prämien- und Versicherungssparen verwendet wurden. Auf dem Sekundärmarkt gaben die Kurse nach und die Rendite stieg entsprechend von 7 43% im Dezember auf 7 66% im Jänner (jeweils Monatsdurchschnitte). Der Aktienmarkt entwickelte sich im Jänner wie in den Vormonaten günstig. Der Index der Industrieaktien stieg um 5 1%, Aktien der Banken und Versicherungen erhöhten sich sogar um 10 1%.

Die Abgabenerträge des Bundes erbrachten im Jänner Brutto-Einnahmen von 9 21 Mrd. S, um 20½% mehr als im Vorjahr; nach Abzug der Überweisungen blieben dem Bund 4 87 Mrd. S (+18%). Das Steueraufkommen im Jänner

¹⁾ In der Abgrenzung von 1972.

richtet sich nach den wirtschaftlichen Vorgängen im Dezember; durch die Lohn- und Einkommensteuerreform wurde es daher noch nicht und durch die Einführung der Mehrwertsteuer nur mittelbar infolge des Verkaufsbooms beeinflusst. Unter den indirekten Steuern (+13½%) ging aus der Umsatzsteuer (einschließlich Zuschläge und Beförderungsteuer) um 29% mehr ein, die Zollerträge (+5%) wuchsen wegen der EG-Zollsenkung langsamer. Die Verbrauchsteuereinnahmen waren um 31½% geringer, das Aufkommen an Tabaksteuer (-47%) und Bundesmineralölsteuer (-30½%) war im Vorjahr durch Hortungskäufe überhöht, außerdem bauten die Trafikanten im Dezember 1972 Lager ab. Die direkten Steuern (+35½%) wuchsen weiterhin kräftiger als die indirekten. Die Lohnsteuer erbrachte um 39½% höhere Erträge, an Einkommensteuer (+45½%) und Gewerbesteuer (+56%) gingen hohe Abschlußzahlungen ein.

Abgabenerfolg des Bundes

	Dez. 1972		Jän. 1973	
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Direkte Steuern	6 49	+20 4	3 33	+35 4
Indirekte Steuern	6 27	+16 8	5 89	+13 7
Abgaben, brutto	12 76	+18 6	9 21	+20 7
Abgaben, netto	9 73	+20 7	4 87	+17 8

Von Dezember auf Jänner sind die Preise überwiegend kräftig gestiegen und nur vereinzelt gesunken. Der Index der *Großhandelspreise* lag im Jänner 1973 einschließlich Mehrwertsteuer um 5 4% über dem Dezemberwert und um 11 7% höher als im Jänner 1972. Um die in Zukunft veröffentlichten Indizes ohne Mehrwertsteuer mit den Vorjahrswerten vergleichen zu können, hat das Statistische Zentralamt die Umsatzsteuerbelastung der drei Hauptgruppen des Großhandelspreisindex geschätzt; unter Anwendung eines durchschnittlichen Entlastungssatzes von 7½% ergibt sich eine Erhöhung der Großhandelspreise von 2 1% gegen den Vormonat und von 8 2% gegen das Vorjahr. Die Agrarpreise stiegen von Dezember auf Jänner netto (ohne Umsatzsteuer) um 3½% und lagen um 13% höher als im Jänner 1972 (brutto +16%). Roh- und Halbwaren verteuerten sich netto um 3% und waren um 7½% (brutto +8½%) höher als vor einem Jahr. Die Fertigwarenpreise gaben netto leicht nach und lagen um 4% (brutto +10%) über dem Vorjahrsniveau.

Der Index der *Verbraucherpreise* erhöhte sich von Dezember auf Jänner um 1 2% (ohne Saisonprodukte gleichfalls +1 2%), sein Vorjahrsabstand vergrößerte sich auf +8 1% (+8 0%). Die Nahrungsmittelpreise stiegen im Jänner um 1%, im einzelnen wur-

den Mehl- und Backwaren sowie Konserven billiger, Getränke merklich teurer; im Vorjahrsvergleich waren die Nahrungsmittelpreise um 9% höher, Saisonprodukte kosteten um 8%, Fleischwaren durchschnittlich um 10% mehr als im Jänner 1972. Die Brennstoffpreise zogen nur leicht an, insgesamt lag der Aufwand für Beheizung und Beleuchtung um 5% über dem Vorjahrsniveau. Industrielle und gewerbliche Waren verteuerten sich vom Dezember auf Jänner um 1%, Hausrat wurde vereinzelt billiger, im Durchschnitt jedoch ebenso wie Bekleidung teurer; seit Jänner 1972 stiegen die Preise für Hausrat um 6% und für Bekleidung um 6½%, im Durchschnitt betrug der Vorjahrsabstand der Industriepreise +5%. Nicht preisgeregelter Dienstleistungen wurden im Jänner durchschnittlich um 4% teurer, Installateur- und Malerarbeiten um 6%, Reinigung und Friseur um jeweils 8%; im Vorjahrsvergleich kosteten Dienstleistungen um 16% mehr (Installateur +26%, Maler +19%, Reinigung +12%, Friseur +23%). Einschließlich der Tarife (+8½%) lagen die Dienstleistungspreise im Jänner um 13½% über dem Vorjahrsniveau. Die Jahressteigerungsrate des Wohnungsaufwandes (Miete, Betriebskosten) blieb im Jänner mit +8% unverändert (durch die Berechnungsmethode wird sich die mehrwertsteuerbedingte Erhöhung der Betriebskosten erst nach und nach im Index niederschlagen).

Die *Tariflöhne* wurden zu Jahresbeginn im Handel um 10% hinaufgesetzt, in den übrigen Wirtschaftsbereichen blieben sie nahezu unverändert. Verglichen mit dem Vorjahr lagen die Mindestlöhne im Durchschnitt um 12½% höher (Gewerbe +13½%, Industrie +13%). Die *Effektivverdienste* der Industriebeschäftigten waren im November 1972 um 15% (ohne Sonderzahlungen um 14½%) höher als im Vorjahr. Infolge der Arbeitszeitverkürzung lag die Zuwachsrate unter jener der Stundenverdienste der Industriearbeiter (16%, ohne Sonderzahlungen 15½%). Die Lohndrift betrug brutto (pro Monat und Beschäftigten, einschließlich Sonderzahlungen) +1½%. Die Netto-Drift (pro Arbeitsstunde, ohne Sonderzahlungen) blieb seit der Lohnrunde im Juni negativ (November -½%).

Preise und Löhne

	Nov. 1972	Dez. 1972	Jän. 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandelspreisindex	+ 6 4	+ 6 5	+11 3 ¹⁾
Verbraucherpreisindex 66			
mit Saisonprodukten	+ 7 4	+ 7 6	+ 8 1
ohne Saisonprodukte	+ 7 2	+ 7 6	+ 8 0
Brutto-Monatsverdienst je Industriebeschäftigten	+14 8		
Tarifflohnindex 66 Industriebeschäftigte ²⁾	+13 4	+13 4	+12 9

¹⁾ Einschließlich Mehrwertsteuer. — ²⁾ Ohne Arbeitszeitverkürzung.

Die jüngste Währungs­krise und die Folgen für Österreich¹⁾

Die jüngste internationale Währungs­krise wurde vorläufig damit beendet, daß wichtige Länder ihre Wechselkurse änderten. Am 13. Februar wurde der Dollar um 10% abgewertet. In den folgenden Tagen schlossen sich Israel, die Türkei, Griechenland, Jugoslawien (jeweils 10%) und Schweden (5%) der amerikanischen Abwertung an. Italien, Großbritannien, die Schweiz und Japan lassen ihre Währungen derzeit frei schwanken. Die ersten beiden Länder werden die Abwertung des Dollar voraussichtlich zur Hälfte mitmachen, für den japanischen Yen ist eine Aufwertung um 5% zu erwarten. Österreich ließ seinen Leitkurs ebenso wie die meisten anderen mitteleuropäischen Länder unverändert.

Die Währungs­krise, die Mitte Februar ihren Höhepunkt erreichte, zeichnete sich schon knapp nach Jahresbeginn ab: Bewegungen kurzfristiger Gelder setzten den Dollar und andere schwache Währungen unter Druck und gefährdeten die provisorische Währungs­ordnung des Smithsonian Agreement. Bereits am 22. Jänner mußte Italien seine Interventionen auf Devisen aus Warengeschäften beschränken und den Kurs für Finanztransaktionen freigeben. Seit dem 23. Jänner schwankt der Kurs des Schweizer Franken frei. Etwa um die gleiche Zeit erreichte der Dollar in Frankfurt seinen unteren Interventionspunkt, und die deutsche Bundesbank mußte erhebliche Dollarbeträge aufkaufen, um den Kurs zu stützen; Versuche, den Dollarzustrom am 3. Februar durch stärkere Kontrollen des Kapitalverkehrs zu dämpfen, schlugen fehl. Nachdem die deutsche Bundesbank rund 6 Mrd. \$ aufgenommen hatte, die japanische 1½, die englische ¾, die niederländische ½ sowie die belgische und die schweizerische Nationalbank je ¼ Mrd. \$ blieben die Devisenbörsen am 12 und 13. Februar geschlossen.

Ursache der jüngsten Währungs­krise ist — wie schon 1971 — die Schwäche der amerikanischen Außenwirtschaft. Teils wegen des stärkeren Preisauftriebes in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre (siehe nachstehende Übersicht), vor allem aber weil die amerikanische Wirtschaft ihre technologische Überlegenheit einbüßte, die ihr lange Zeit weit über den Kaufkraftparitäten liegende Währungs­paritäten ermöglichte, verschlechterte sich die amerikanische Handelsbilanz. Waren um die Mitte der sechziger Jahre noch Überschüsse von 5 Mrd. \$ die Regel, so trat 1971 erstmals ein Defizit auf; im gleichen Zeitraum stieg das Defizit der amerikanischen Kapitalbilanz von 5 Mrd. \$ auf fast 17 Mrd. \$, die Währungsreserven sanken von 15 Mrd. \$ auf 13 Mrd. \$,

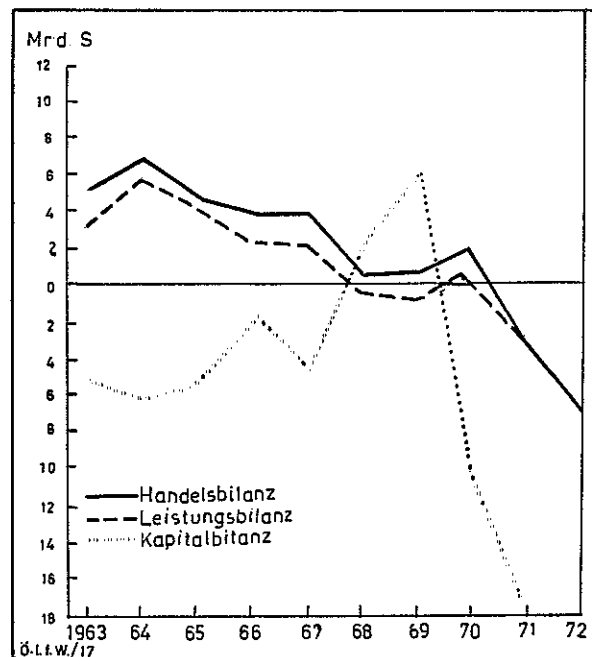
die Dollarverpflichtungen von Zentralbank und Regierung stiegen von 15 Mrd. auf 50 Mrd. \$. Schon im Sommer 1971 ergriff die amerikanische Regierung handelspolitische Maßnahmen (Importabgabe, Beschränkung der Investitionsförderung auf heimische Investitionsgüter) und eine Reihe von OECD-Ländern werteten ihre Währungen auf, was einer De-facto-Abwertung des Dollar um 4% entsprach. Im Smithsonian Agreement vom Dezember 1971 wurden die handelspolitischen Maßnahmen Amerikas zurückgenommen und neue Wechselkurse (central rates) festgesetzt, wobei der Dollar um 10% abgewertet wurde.

Entwicklung wichtiger Preisindizes

		1964/69	1970	1971	1972
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	USA	3 ¼	5 ¾	4 ¼	3
	OECD-Europa	4	5	6 ¼	6
BNP-Deflator	USA	3	5 ½	4 ¾	3
	OECD-Europa	3 ½	6 ¼	7	6 ½
Exportpreise	USA	2 ½	5 ¼	3 ¼	2 ½
	OECD-Europa	¾	6 ½	6	

Q: IMF, International Financial Statistics. — G. Tichy, Internationale Konjunktur, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Monatsberichte, Jg. 1972, H. 11, S. 447 f.

Entwicklung der US-Zahlungsbilanz



Die Hoffnungen auf eine rasche Besserung der außenwirtschaftlichen Lage Amerikas erfüllten sich jedoch nicht: Trotz der Abwertung stieg das Defizit der Handelsbilanz 1972 auf mehr als das Doppelte; wie schon zuvor in England zeigte sich auch in den USA, daß Abwertungen die Leistungsbilanz kurzfristig nur wenig beeinflussen. 1972 jedenfalls wurden die Abwertungseffekte durch die Importsteigerung im Gefolge der Konjunkturbelebung weit über-

¹⁾ Der Bericht wurde am 20. Februar abgeschlossen.

kompensiert. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die Abwertung des Dollar von rund 20% in 14 Monaten gemeinsam mit der — verglichen zu Europa — günstigen Entwicklung der amerikanischen Preise in den letzten zwei bis drei Jahren (siehe Übersicht, S. 45) die Konkurrenzposition der amerikanischen Wirtschaft merklich gestärkt hat. In dem Maße, wie sich der internationale Handel den neuen Preis- und Kostenrelationen anzupassen vermag, ist (auf mittlere Sicht) eine Besserung der amerikanischen Leistungsbilanz zu erwarten. Andererseits verfügen private und öffentliche Stellen derzeit über höhere Dollarguthaben, als sie auf längere Sicht zu halten bereit sind.

Handels- und Leistungsbilanz der USA und der OECD

	USA		Sonstige OECD		Österreich	
	Handelsbilanz	Leistungsbilanz	Handelsbilanz	Leistungsbilanz	Handelsbilanz	Leistungsbilanz
	Mill. \$					
1963	5 241	3 269	-2 268	- 336	- 350	+ 10
1964	6 831	5 883	-1 588	-2 119	- 431	+ 47
1965	4 942	4 295	- 679	134	- 472	- 45
1966	3 927	2 410	839	1 607	- 596	-194
1967	3 859	2 139	1 160	2 141	- 474	-121
1968	624	-386	4 107	4 464	- 435	- 97
1969	660	899	4 137	4 470	- 334	+ 98
1970	2 110	444	3 751	4 964	- 595	- 10
1971	-2 844	2 779	11 698	11 083	- 907	- 93
1972	-6 400	-1 380	-168

Q: IMF, International Financial Statistics.

Österreich wurde von den spekulativen Kapitalbewegungen, die die beiden Währungskrisen der letzten Jahre begleiteten, nur am Rande betroffen. Die gute außenwirtschaftliche Lage verhinderte eine Spekulation gegen den Schilling, die Kleinheit des Marktes, die raschen, zwischen allen Beteiligten paktierten Entscheidungen der Wirtschaftspolitik und die Beschränkungen des Kapitalverkehrs vereitelten eine Spekulation in den Schilling.

Die außenwirtschaftliche Stärke Österreichs datiert aus der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. In der ersten Hälfte hatte die heimische Wirtschaft im Export Marktanteile verloren und die Leistungsbilanz wurde defizitär. Seither besserte sich jedoch die Konkurrenzposition in bezug auf Struktur und Kosten merklich. Die Warenstruktur verschob sich zu Produkten höherer Wertschöpfung und höherer Einkommenselastizität der Nachfrage, die Zahl der Exportbetriebe wuchs und die Arbeitskosten der Industrie stiegen insbesondere im letzten Drittel der sechziger Jahre schwächer als in den übrigen OECD-Ländern und weniger als konjunkturgemäß zu erwarten gewesen wäre¹⁾. Da sich überdies die Diskriminierung auf den EWG-Märkten nicht weiter verstärkte, kam es zu einer Saldendrehung in der

¹⁾ Siehe dazu G. Tichy, Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Aufschwung 1967 bis 1971, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte, Jg. 1972, Heft 4, S. 153 ff.

Leistungsbilanz, die 1969 mit einem beträchtlichen Überschuß schloß.

Seit 1971 wurde der Konkurrenzvorsprung etwas geringer: Die Arbeitskosten (in nationaler Währung) stiegen 1971 und 1972 etwa gleich stark wie im Durchschnitt der westeuropäischen Handelspartner und die Wechselkursänderungen machten den Schilling etwas schwerer. Die Leistungsbilanz ergab wieder mäßige Defizite. Sie waren jedoch überwiegend konjunkturbedingt (die österreichische Wirtschaft wuchs rascher als die westeuropäische) und wurden außerdem durch hohe „statistische Differenzen“ ausgeglichen, die vermutlich überwiegend der Leistungsbilanz zuzurechnen sind.

Entwicklung der Arbeitskosten¹⁾ in nationaler Währung

	Österreich	Wichtige OECD-Staaten	Differenz
	Jährliche Veränderung in %		
1963	-	+2 1/2	-2 1/2
1964	+1 1/2	+1 1/2	-
1965	+4	+2 1/2	+1 1/2
1966	+6	+2 1/2	+3 1/2
1967	+2	-	+2
1968	-2 1/2	-1	-3 1/2
1969	-1 1/2	+2 1/2	-3 1/2
1970	+4 1/2	+9	-4 1/2
1971	+9	+9	-
1972	+7	+7	-

Differenzen durch Rundung.

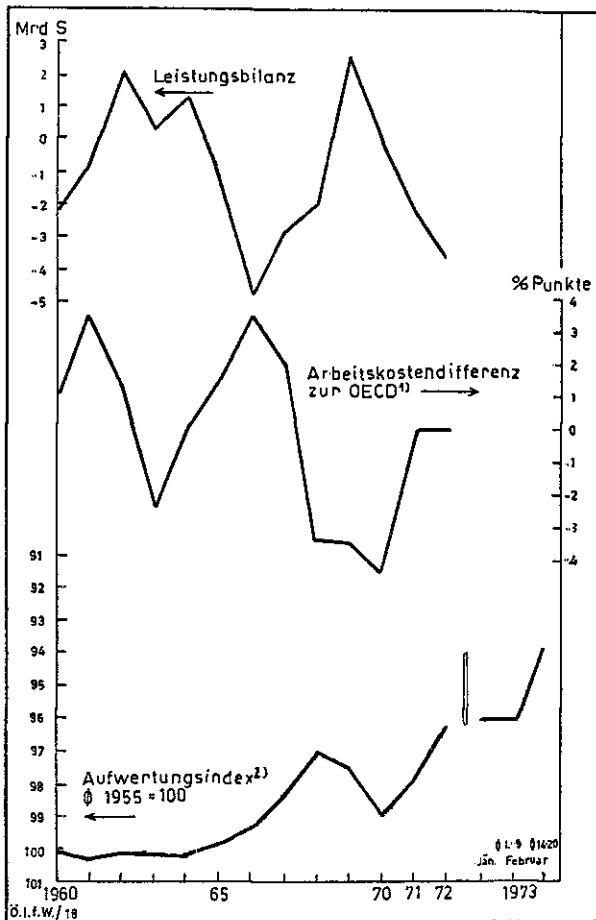
¹⁾ Stundenverdienste in der verarbeitenden Industrie, einschließlich Lohnnebenkosten; 1971 und 1972 vorläufige Werte.

Gestützt auf eine nahezu störungsfreie Entwicklung der Zahlungsbilanz verfolgten die Währungsbehörden eine Wechselkurspolitik, die darauf abzielte, das Verhältnis des Schilling zu den Währungen der wichtigsten Handelspartner annähernd stabil zu halten und die de facto bewirkte, daß der Schilling etwas schwerer wurde.

Das Ausmaß der durchschnittlichen Kurssteigerung des Schilling läßt sich nur auf Grund von etwas willkürlichen Annahmen bestimmen. Die länderweise Struktur der Exporte unterscheidet sich von jener der Importe und beide von jener des Fremdenverkehrs. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die österreichischen Exporte auf einen bestimmten Ländermarkt nicht nur mit den Produzenten des Ziellandes, sondern auch mit den Produzenten von Drittländern konkurrieren.

Schließlich weicht die Währung, in der fakturiert wird, häufig von der Währung ab, in der die Konkurrenten heimischer Erzeuger ihre Produktionskosten bezahlen. Die Faktura-Währung beeinflusst zwar nicht die Wettbewerbsfähigkeit (sie bestimmt hauptsächlich, ob anlässlich von Wechselkursänderungen Kapitalverluste oder -gewinne aus bereits abgeschlossenen Geschäften entstehen), kann jedoch besonders im Osthandel die Verhandlungsposition beeinflussen.

Indikatoren der österreichischen Konkurrenzlage



relationen nur zur Hälfte berücksichtigt wurden. Danach wurde der Export-Schilling 1971 um 2 1/2% und der Import-Schilling um 3/4% aufgewertet. Bis zur Währungskrise Anfang 1973 stiegen die Kurse um je 1/2%. Nach den jüngsten Maßnahmen wurde der Schilling im Export um 2 1/4% und im Import um 1 1/2% schwerer (diese Berechnung stützt sich auf die Kurse in den ersten Tagen nach Öffnung der Devisenbörsen).

Änderungen der Wechselkurse im Februar 1973

	Änderung des Devisenkurses in Wien zwischen 1.9. u. 14./20. Februar 1973 in %	Anteil am österreichischen Export	Anteil am österreichischen Import
USA	-6.6	4.5	3.2
Kanada	-5.7	1.3	0.4
Japan ¹⁾	+5.0	0.7	1.7
Belgien	+0.2	1.1	1.9
BRD	-0.4	22.4	41.9
Dänemark	+0.9	2.1	1.3
Finnland	-0.6	1.3	0.5
Frankreich	+0.7	2.4	4.1
Großbritannien	-4.1	7.8	6.1
Italien	-4.6	9.6	7.2
Niederlande	-0.1	3.1	2.8
Norwegen	+0.6	1.3	0.5
Portugal	-2.7	0.8	0.4
Schweden	-2.2	4.0	2.7
Schweiz	-0.7	11.5	7.3
Spanien	+0.5	0.9	0.5
Übrige Länder ²⁾	-3.3	25.2	17.5
Aufwertung des österreichischen Schilling		+2 1/4	+1.6

¹⁾ Geschätzte Aufwertung, Yen-Devisen in Wien nicht notiert — ²⁾ Veränderung des Dollar-Kurses zur Hälfte angenommen, Devisen in Wien nicht notiert.

Um quantitative Vorstellungen zu vermitteln, wurden die Schilling-Kurse der Währungen der westeuropäischen Handelspartner der USA und Jugoslawien einmal mit den Anteilen an den österreichischen Exporten und zum anderen mit den Anteilen an den österreichischen Importen gewogen. Die übrigen Länder wurden dem „Dollar-Raum“ zugerechnet, wobei jedoch die Änderungen in den Währungs-

Die Entscheidung, eine mäßige de-facto-Aufwertung des Schilling zu akzeptieren, ist unter stabilitätspolitischen und zahlungsbilanzpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Bemühungen, den heimischen Preis-Kosten-Auftrieb zu dämpfen, wären erschwert worden, wenn sich durch eine am Export orientierte Kursänderung die Importe vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich verteuert hätten. Von den Importen aus der BRD, die 40% der Gesamtimporte ausmachen, entfällt mehr als die Hälfte auf Investitionsgüter und Konsumfertigungsgüter;

Entwicklung des Schilling-Kurses der Währungen der österreichischen Handelspartner

	Gewichtet mit			
	Ausfuhranteilen Alle ¹⁾	Westeuropäische Handelspartner	Einfuhranteilen Alle ¹⁾	Westeuropäische
	Veränderung in %			
Ø 1955 bis Jahresende 1970	+1.0	-2.6	-3.2	-4.9
Jahresende 1970 bis Jahresende 1971	+2.5	+0.4	+0.7	-0.8
Jahresende 1971 bis Jahresende 1972	+0.6	+1.2	+0.7	+0.6
Jahresende 1972 bis Ø 1. bis 9. Februar 1973	0	-0.5	0	-0.2
Ø 1 bis 9. Februar 1973 bis Ø 14 bis 20. Februar 1973	+2 1/4	+1.4	+1.6	+0.9

+ Aufwertung des Schilling.
- Abwertung des Schilling.

¹⁾ Währungen der westeuropäischen Handelspartner und der USA, alle übrigen Länder mit der halben Dollar-Kurs-Änderung bewertet.

Warenstruktur im Außenhandel mit der BRD

	1971			
	Einfuhren		Ausfuhren	
	Anteil der Warengruppe am Import aus der BRD	Anteil der BRD am Import der Warengruppe	Anteil der Warengruppe am Export in die BRD	Anteil der BRD am Export der Warengruppe
	in %			
Nahrungsmittel	2.7	13.2	2.6	12.8
Rohstoffe	7.8	19.2	16.1	32.3
„Halbwaren“	32.6	44.7	44.3	22.9
Investitionsgüter	34.7	55.1	22.4	23.4
Konsumgüter	14.2	48.3	14.1	18.9
Personenkraftwagen, Motorräder	7.7	45.7	0.2	7.1
Alle Waren	100.0	41.0	100.0	22.9

viele dieser Produkte haben im Inland eine marktbeherrschende Stellung, die oft mit Preisführerschaft verbunden ist. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Relation des Schilling zur D-Mark und zum Schweizer Franken in erheblichem Maße die grenzüberschreitenden Wanderungen von Arbeitskräften und die Verdienstentwicklung in den westösterreichischen Grenzbezirken bestimmt.

Andererseits erwachsen der heimischen Wirtschaft durch die De-facto-Aufwertung des Schilling zumindest auf bestimmten Waren- und Ländermärkten Konkurrenz Nachteile. Die durchschnittliche Änderung der Kurse im Import und im Export ist zwar nur gering, doch ist zu berücksichtigen, daß mit der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. Jänner 1973 das Subventionselement in den Exportrückvergütungen und das Schutzelement in der Ausgleichsteuer weggefallen ist und das Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften schon wegen der ungleichen Größe von Exporten und Importen für die Industrie insgesamt konkurrenzverschärfend wirkt.

Auf kurze Sicht wird die Leistungsbilanz voraussichtlich nur wenig beeinflusst werden, weil Bezug und Absatz nur allmählich neuen Preis- und Kostenrelationen angepaßt werden können. Ökonometrische Studien lassen vermuten, daß in Österreich die kurzfristige Elastizität der realen Exporte in bezug auf Änderungen in den relativen Preisen etwa -1 und die entsprechende Elastizität der realen Importe nahezu 0 beträgt. Eine relative Erhöhung der österreichischen Preise (im Vergleich zu den Preisen der ausländischen Konkurrenten) infolge der de-facto-Aufwertung des Schilling um $2\frac{1}{2}\%$ läßt Exportmengen und Schilling-Erlöse um etwa den gleichen Prozentsatz sinken (die Käufer geben allerdings in ihrer Landeswährung gleich viel aus, weil sie Schillinge entsprechend teurer kaufen müssen). Die Im-

porte bleiben mengenmäßig gleich, doch sinkt der Aufwand in Inlandswährung um $1\frac{1}{2}\%$, weil ausländische Währungen im Durchschnitt billiger erworben werden können. Die unterschiedliche Reaktion von Exporten und Importen kann damit erklärt werden, daß die heimischen Exporte auf den Auslandsmärkten einer schärferen Konkurrenz unterliegen als ausländische Produkte auf den heimischen Märkten, wo sie oft eine marktbeherrschende Stellung haben.

Das Institut hat ursprünglich für 1973 das Defizit in der Handelsbilanz auf $39\frac{1}{2}$ Mrd. S und das Defizit in der Leistungsbilanz auf 6 Mrd. S geschätzt. Eine Neuschätzung, die die ungewöhnliche Entwicklung im Dezember 1972, die Verstärkung des internationalen Konjunkturauftriebes und die Aufwertungseffekte berücksichtigt, ergab Defizite von 39 Mrd. S in der Handelsbilanz und von $5\frac{1}{2}$ Mrd. S in der Leistungsbilanz. Das Leistungsbilanzdefizit wird großteils durch die statistische Differenz, jedenfalls aber durch Überschüsse in der Kapitalbilanz ausgeglichen werden können.

Schwieriger sind die mittelfristigen Auswirkungen zu beurteilen. Die relative Entwicklung von Preisen und Kosten läßt vermuten, daß die der internationalen Konkurrenz unterworfenen Bereiche der heimischen Wirtschaft trotz den zusätzlichen Belastungen im letzten halben Jahr noch Ertragsspannen erzielen, die auf mittlere Sicht ein angemessenes Wachstum und eine ausgeglichene Leistungsbilanz ermöglichen. Diese Aussage ist jedoch nicht hinreichend statistisch fundiert und möglicherweise etwas zu optimistisch. Die Bemühungen, den heimischen Preis- und Kostenauftrieb zu dämpfen, werden daher künftig auch das außenwirtschaftliche Ziel haben, den der internationalen Konkurrenz unterliegenden Bereichen der heimischen Wirtschaft einen ausreichenden Expansionspielraum zu sichern.